

Pankow befahl Abbruch

Ausstellungsstand auf der Frankfurter Buchmesse geräumt

Frankfurt (ap). Der Ausstellungsstand der Sowjetzone auf der Frankfurter Buchmesse ist von den Vertretern Pankows geräumt worden. Sie protestierten damit gegen die von einem Frankfurter Gericht angeordnete Entfernung der Schilder „Bücher aus der Deutschen Demokratischen Republik“. Ein sowjetzonaler Sprecher erklärte, man werde auch künftig darauf bestehen, unter dem Namen „DDR“ auszustellen — „wenn wir überhaupt wieder nach Frankfurt kommen sollten“.

Dem ungewöhnlichen Protestschritt der Leipziger Gesellschaft, die sich „Deutsche Buch-Export und -Import GmbH“ nennt, war ein mehrtägiger Rechtsstreit um die Beschriftung des Standbildes vorausgegangen. Der Börsenverein des Deutschen Buchhandels, der die Buchmesse veranstaltet, hatte die Gesellschaft aufgefordert,

den Stand als „Bücher aus dem innerdeutschen Handel“ zu kennzeichnen.

Auf Antrag der „Buch-Export und -Import GmbH“ erließ die 10. Zivilkammer des Frankfurter Landgerichtes daraufhin am Dienstag eine einstweilige Verfügung, durch die dem Börsenverein aufgegeben wurde, wieder das Schild „Bücher aus der DDR“ anzubringen. Außerdem sollte der Börsenverein auch den Messekatalog entsprechend der Messeanmeldung der Leip-

ziger Gesellschaft berichtigen, die als Vertrag zu werten sei. Am Mittwoch fällte die gleiche Kammer ein der einstweiligen Verfügung entsprechendes Urteil, gegen das der Börsenverein Berufung einlegte. Am Freitag entschied der Siebente Zivilsenat des Frankfurter Oberlandesgerichtes, daß das Urteil der Vorinstanz bis zur Entscheidung über die Berufung des Börsenvereins nicht zu vollstrecken sei.

Ein Sprecher des Ministeriums für Gesamtdeutsche Fragen hatte in Bonn zu der Auseinandersetzung erklärt, die Bundesregierung sei nach wie vor der Auffassung, daß die Bezeichnung „DDR“ auf Messen und Ausstellungen im Bundesgebiet nicht verwendet werden sollte. (Siehe auch S. 3)

Rückzugsgefecht der SED

Berlin (Eigenmeldung/upi). Die SED hat bestritten, daß die auf den Westberliner S-Bahnhöfen vor einigen Tagen gehißten sogenannten DDR-Staatsflaggen mit dem Hammer- und Zirkel-Emblem wegen des alliierten Protestes bei den Sowjets zurückgezogen worden seien. Das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ verweist in diesem Zusammenhang auf eine angebliche Anordnung des Ostberliner Innenministeriums, nach der „die zentralen und örtlichen staatlichen Organe am 6. und 7. Oktober zu flaggen“ hätten. Die Fahnen seien nach den Feiern wieder eingezogen worden.

Vor einigen Tagen war noch, wie gemeldet, bekanntgegeben worden, die Fahnen würden bis zum 12. Oktober gehißt bleiben. Sie wurden dann in den Abendstunden des 8. Oktober eingezogen.

Neuer Protest in Karlshorst

West-Kommandanten für S-Bahn-Gelände verantwortlich

Berlin (Eigenmeldung). Die Westberliner Stadtkommandanten haben am Montag zum zweitenmal in Karlshorst gegen das Hissen der Sowjetzonen-„Staatsflagge“ auf Westberliner Boden protestiert. Im Auftrage der drei Kommandanten machte der britische Kommandant, Generalmajor Delacombe, die Sowjets darauf aufmerksam, daß die Westalliierten auch für die Sicherheit und Ordnung auf dem S-Bahn-Gelände in Westberlin verantwortlich sind.

Der britische General, der in diesem Monat den Vorsitz in der Alliierten Kommandantur führt, traf am Montag in Karlshorst mit dem amtierenden sowjetischen Stadtkommandanten, Oberst Odintsow, zusammen. Nach einem offiziellen Kommuniqué hat General Delacombe erklärt, das Hissen der sowjetzonalen Fahnen mit Hammer und Zirkel in Westberlin werde als Provokation angesehen, die die Ruhe und Ordnung gefährde.

In einer gemeinsamen Erklärung der drei alliierten Stadtkommandanten wird ferner betont, daß es im Interesse sowohl des sowjetischen als auch der westlichen Kommandanten liege, alle unerwünschten und möglicherweise gefährlichen Zwischenfälle in Berlin zu verhüten. Außerdem deutete man den Sowjets an, die westlichen Kommandanten müßten jedes Vorgehen von Ostberlinern in Westberlin, das die öffentliche Ruhe stören könnte, „sehr ernst nehmen“.

Entspannung — nicht Aufweichung

K. W. B. Seit Camp David geht das Schlagwort von der Entspannung um. Es ist intensiver geworden, seit Eisenhowers Gesprächspartner auf seiner Reise nach Peking und durch die sibirischen Städte seines Reiches offensichtlich alle Briskierung des amerikanischen Partners vermeidet. Ganz besonders hat der westliche Welt Chruschtschows Feststellung an die Adresse Maos imponiert: Man darf und kann die westliche Welt nicht auf die Probe stellen... Ins Land seiner Feind-Freunde war ein Chruschtschow mit Tönen gezogen, wie man sie im dialektischen Sprachschatz bei ihm und auch seinen Vorgänger-Diktatoren vergeblich suchen wird. So scheint der Eindruck anzuhalten, daß der so unberechenbarste aller bisherigen Herren des Kremels tatsächlich vom amerikanischen Kräfte-Potential beeindruckt bleibt.

★

Wo aber schließt Chruschtschows Entspannungs-Kampagne die übrige westliche Welt sichtbar ein? Es war schon sehr auffällig, daß Chruschtschow die Gipfelkonferenz, die er so lange suchte, wie ihm die große Sehnsucht nach Amerika unerfüllt blieb, dann, als sie Eisenhower endlich stillte, beinahe mit einer lässigen Gleichgültigkeit akzeptierte. Was sollte für Moskau aus solcher Konferenz jetzt, da das sowjetisch-amerikanische Gleichgewichtsgespräch erzielt war, noch Wesentliches herauskommen? Eisenhower hat Chruschtschows Zugeständnis, in Berlin nichts zu unternehmen und das Ultimatum vom vorigen November also zu annullieren, mit der Bereitschaft zu einer Gipfelkonferenz honoriert. Darüber aber hat sich fraglos mehr der frische Sieger von London gefreut, als der Herr des Kremels.

Macmillan war ja als der Pfadfinder für eine Gipfelkonferenz nach Moskau gekommen. Er hatte redlich um die Chancen gerungen, den Westen für eine Auseinandersetzung mit dem

Kremelchef auf dem Gipfel zu engagieren. Man hatte damals Macmillan diesen Gang nach Moskau schon als ein Element für seinen nun eklatanten Wahlsieg auslegen wollen. In den letzten Wahltagen Englands hat ja auch die Spekulation auf einen nahen Gipfel-Termin noch eine Rolle gespielt. Aber wird man jetzt, da sich die neuen Entwicklungen abzeichnen, dem englischen Wähler nachsagen dürfen, er habe lediglich einer Art Appeasement mit Moskau das Wort reden wollen? Dann hätte dieser Wähler sicher gerade die Labour Party begünstigen müssen, die mit ihrem außenpolitischen Programm im europäischen Bereich den östlichen Projekten von „Entspannungs- und Inspektions-Zonen“ manche Chancen in Aussicht gestellt hatte. Macmillans Drang zum Gipfel als ein möglicher Faktor zur Entspannung war zunächst wohl überhaupt nur der Versuch, die sowjetische Ungebärdigkeit an das Gespräch des ganzen Westens zu binden.

★

Am Detail-Gespräch über Europa mit den Europäern liegt nämlich dem Kremel gegenwärtig weniger denn je. Gerade hier möchte Moskau offensichtlich nicht auf die Entspannungsformeln festgenagelt werden. Die These von den beiden Reichen, dem amerikanischen und dem sowjetischen, die sich gegenseitig verstehen und miteinander konkurrieren sollten, ist Chruschtschow gerade gut genug, um darüber hinweg für Europa gewissermaßen eine politische wertfreie Zone zu proklamieren. Wer könnte in ihr Einfluß und Herrschaft haben? Nun, nur der, der weit genug nach Europa seine Herrschaftswirklichkeiten vorgetrieben hat. Man spricht in dieser Entspannungsphase nicht von Europa. Dies ist die große Gefahr, die uns droht. Denn die Aussicht auf eine neue Berlin-Konferenz — ob wieder zwischen den Außenministern oder den Chefs — ist mager, weil sie schon im voraus mit der vagen Absicht operiert, nicht über Deutschland, über das zentrale Problem, sprechen zu wollen. Aber auch der Blick auf eine mögliche Gipfelkonferenz von morgen bleibt trübe, wenn er nicht

in die Richtung führt, Chruschtschow zur Anerkennung des Rechts Europas auf sich selbst zu zwingen.

★

Eine Entspannung, die unsere Probleme im mitteleuropäischen Raume bewußt auf Eis legt, könnte uns teuer zu stehen kommen. Denn es ist ja nicht nur Gewöhnung, die uns ideologisch, wirtschaftlich, sozial und also realpolitisch unserem Deutschland zwischen Oder und Elbe immer mehr entfremdet. In den Provokations-Festen der zehnjährigen sogenannten Dörsprach sich vieles von der Ansicht und der systematischen Wirklichkeit dafür aus, welche bewußte politische Aufgabe die Sowjetunion übernimmt, diesen sowjetisierten Teil Deutschlands zum Sprungbrett für ganz Deutschland auszubauen. Es ist keine Frage, daß dieses Sprungbrett schon heute massivere Unterlagen hat als noch vor Jahren, sosehr selbstverständlich die Masse seiner Menschen zu uns, zum freien Deutschland, gehört. Die Politik der Sowjetunion aber, die mit ihrem Prinzip, die Menschen in ihrem Herrschaftsbereich gering zu achten, beachtliche Erfolge aufzuweisen hat, geht systematischer als je daran, aus dem Sprungbrett Mitteldeutschland ein Glacis für ein sowjetisches Gesamtdeutschland zu machen.

★

Wir haben zwar für unsere deutsche Frage viel Geduld aufzubringen. Aber wenn wir sie jetzt zurückstellen, weil dies ein allgemein freundlicher Welt gebieten sollte, wird der Westen erst in einer für ihn ungleich schlechteren und vielleicht dann gar aussichtslosen Position wieder auf sie zurückkommen können. Es muß gerade ein wesentliches Element dieser Entspannungsaktion sein, daß der Kremel zu Gesprächen über die deutsche Frage sich bereit findet. Diese Frage stillzulegen, heißt, die Spannung, die bislang eine geduldige und kluge Politik in Europa bändigte, steigern. Wenn künftige Konferenzen aber Sinn haben sollten, dann müßte eben das Hauptproblem der Spannung das Thema für eine intensive Verwirklichung solcher Entspannung sein.

Bücher, Bücher, welche Freiheit!

Die 11. Frankfurter Buchmesse — Eindrücke und Erfahrungen

Die Frankfurter Buchmesse ist das Schaufenster der Verlage, die Visitenkarte ihrer Leistungsfähigkeit, die in ihrem überwältigenden Angebot den Besucher fast verwirrt. Wer aber je die Trostlosigkeit genormter Literatur erfahren hat, weiß, daß die Freiheit des Geistes nur in der Vielfalt leben kann."

Reinhard Jaspert, bislang Vorsteher des Börsenvereins des Deutschen Buchhandels, zitierte diese Worte des Altbundespräsidenten Theodor Heuss, dem am Sonntag in der Frankfurter Paulskirche der Friedenspreis des Deutschen Buchhandels übergeben wurde, in seiner knappen Ansprache zur Eröffnung der diesjährigen Buchmesse. So wäre denn hier vornehmlich von der Freiheit des Geistes in seiner Vielfalt zu reden, zunächst aber muß von jener Freiheit gesprochen werden, die sich die sowjetzonalen Aussteller nahmen, indem sie, wie wir bereits berichteten, über die Hintertreppe einer juristischen Spitzfindigkeit zu dem Prestige aufstiegen, auch hier das trennende Emblem gehißt zu haben. „Bücher aus dem innerdeutschen Handel“ oder „Bücher aus der Deutschen Demokratischen Republik?“ Damit wurde auf dieser Buchmesse schon am ersten Tag nachdrücklich jene Frage nach der Freiheit gestellt. Doch welcher Freiheit?

Etwa 260 Quadratmeter, 200 waren offiziell vereinbart, nahmen die Kojen des sowjetzonalen Buchhandels ein. Alle Bücher, die hier vorgewiesen werden, können in westdeutschen Buchhandlungen bestellt werden. Sogenannte schöngeistige Literatur (Anna Seghers, Bredel, Becher, Hermelin, Strittmatter neben Stifter-Erzählungen und Goethe, um nur einiges zu nennen), dazu Kinderbücher, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Bildbände und ...

Da findet sich ein Buch in der Auslage, blauer Umschlag, gelbe Schrift, der Titel: „Geheimnisse der Religion“. Man liest sich fest. Mit Behagen sind einseitige Urteile, Aussprüche und Erfahrungen vieler Geister gesammelt und zitiert mit der klaren Absicht, religiöses Leben zu widerlegen oder lächerlich zu machen. Hier findet sich auch

Lenins Kampfschrift über „Sozialismus und Religion“ abgedruckt, in der zu lesen ist: „... entledigt sich der heutige klassenbewußte Arbeiter voller Verachtung der religiösen Vorurteile, überläßt das Himmelreich den Pfaffen und den bürgerlichen Muckern ...“ Welcher Zufall — oder welche „Unachtsamkeit“ — wollte es, daß nur eine Handspanne von diesem Pamphlet entfernt der Prospekt für eine Luther-Gesamtausgabe lag.

Bewußt plakatierte Toleranz? Oder doch ein Versehen? Wenige Augenblicke nach unserer Lektüre fanden sich die Luther-Prospekte auf einem anderen Tisch wieder. Welcher stille Beobachter hatte hier eine Schönheitskorrektur vorgenommen?

Ihre „Wahrheit“

In gläsernen Vitrinen am Eingang zur Ausstellung liegen die Werke von Theodor Heuss ausgebreitet, und man entdeckt darunter nicht nur seine historische-politische Studie über den Nationalsozialismus, „Hitlers Weg“, die 1933 der Bücherverbrennung anheimfiel, sondern auch einen Druck jener Rede, die er 1949 im Titania-Palast hielt, als ihm die Freie Universität den Ehrendoktor verlieh. Ein paar hundert Schritte weiter, wieder unter dem sowjetzonalen Büchern, findet sich eine Broschüre ausgestellt, die eine Dokumentation über „Recht und Unrecht um und in Berlin“ geben will und in deren Vorwort es heißt, daß von den Dokumenten und Erklärungen der Genfer Außenministerkonferenz aus „technischen Gründen“ nur „eine Auswahl des Wichtigsten“ gegeben werden könne. Die Prinzipien dieser Auswahl und die „Wahrheit über Berlin“, die hier verbreitet werden soll, bedürfen keiner Erläuterung.

Zu alledem gibt es gewiß unterschiedliche Meinungen, und Reinhart Jaspert äußerte sogar: „Da ich an die Kraft unserer

Freiheit glaube, würde ich persönlich nicht einmal die politische Literatur (von der Buchmesse) fernhalten.“ Auf dem Weg über die sowjetzonalen Stände dringt sie in ihrer fragwürdigsten Form bereits in die Ausstellung ein, sie drängt sich zwar nicht in den Vordergrund, sie ist beiläufig eingestreut, aber sie bezeugt doch zumindest jene „Trostlosigkeit genormter Literatur“, die Theodor Heuss meinte.

Es gibt viele Aspekte, unter denen man die Frankfurter Musterschau des Buches betrachten kann, und es sei jener ausgelassen, der aus Zahlen und Prozenten errechnet, daß in diesem Jahr durch ständiges Anwachsen der Neuerscheinungen, durch steigende Beteiligung ausländischer Verlage, eine Ausstellung zustande gekommen ist, die an Umfang und Internationalität in der Welt einzigartig dasteht.

Was vor zwei Jahren noch kraft in Erscheinung trat: durch anreißerische Werbung das Auge auf sich zu lenken, so Urteile zu steuern und auch einmal durch Freiwürstchen Sortimenter zu angeln — jetzt gibt man sich wohlthuend seriös, und jeder Suchende darf unbeeinflusst zu dem greifen, was ihm behagt.

Hinter den Kojenwänden zeigte so mancher Verleger freilich Sorgenfalten. Taschenbuch und Sachbuch nehmen ihren Weg zur Publikumsgunst stärker denn je, und was gerade den neuerscheinenden Roman betrifft, so hört man es flüstern: der Buchhandel riskiere zu wenig, er warte immer erst ab, bis sich ein paar todsichere Produktionen herausgestellt haben, und greife dann erst zu. Droht hier nicht eine Konformierung? Was wird aus den Erstlingswerken junger Autoren? Was wird aus den vielen guten Büchern, die nicht durch eine gezielte Werbung zum rentablen Verkaufschlager gesteuert werden? Noch immer bleibt die Hoffnung, daß zuletzt doch der Leser entscheidet und daß er bedenkt, wie auch ihm eine Freiheit gegeben ist. DT.

„Die Verbrechen Chruschtschows“

Morde und bestialische Folterungen

Washington (upi/ap). Prominente Flüchtlinge aus der Sowjetunion haben Ministerpräsident Chruschtschow beschuldigt, durch Mord, bestialische Folterungen und künstlich inszenierte Hungersnöte in der Ukraine zur Macht gekommen zu sein. Chruschtschow war in den dreißiger Jahren Erster Sekretär des Zentralkomitees der KP in der Ukraine. Die Aussagen sind in einem Bericht des Kongressausschusses für antiamerikanische Umtriebe enthalten, der jetzt in Washington veröffentlicht wurde. Die Untersuchung trägt den Titel „Die Verbrechen Chruschtschows“. Sie stützt sich auf die Aussagen von Zeugen, die kurz vor dem Amerika-Besuch des sowjetischen Ministerpräsidenten vernommen wurden.

Ein früherer Professor an der Universität Kiew sagte aus, daß sechs oder sieben Millionen Menschen während einer „künstlich inszenierten Hungersnot“ gestorben seien, mit der Chruschtschow den politischen Widerstand in der Ukraine habe brechen wollen. Ein ehemaliger Redakteur einer Zeitung in

Winniza berichtete, man habe dort 1943 insgesamt 95 Massengräber mit 9439 Leichen entdeckt. Die Toten seien einer „Säuberungsaktion“ 1937/38 zum Opfer gefallen. Diese „Säuberung“ sei auf einen Befehl Chruschtschows zurückgegangen. Ein anderer Zeuge erklärte, Chruschtschow hätte

1944 in der Ukraine Massen-deportationen angeordnet. Der Zeuge berichtete auch über bestialische Folterungen, die unter der Herrschaft Chruschtschows von der Geheimpolizei verübt worden seien: Mit glühenden Eisen wurden die Gefangenen mißhandelt. Die Haut wurde ihnen bei lebendigem Leibe abgerissen. Leute wurden ans Kreuz geschlagen. Die Knochen wurden ihnen gebrochen, die Nägel ausgerissen und die Augen ausgestochen.“

Gipfeltreffen wird vorbereitet

Washington macht Verbündeten Vorschläge

Washington/Bonn (dpa). Wenn die europäischen Alliierten der USA zustimmen, wird die Ost-West-Gipfelkonferenz noch vor Jahresende — wahrscheinlich Anfang Dezember in Genf — stattfinden. Eine Unterredung des britischen Botschafters in Washington, Caccia, mit Unterstaatssekretär Murphy wird als Beginn der westlichen Konsultationen über das Thema betrachtet. Die USA haben die Regierungen von Paris, London und Bonn um ihre Stellungnahme gebeten und ihnen gleichzeitig Vorschläge für diese Konferenz unterbreitet. Bundeskanzler Adenauer will sich persönlich in die vorbereitenden westlichen Aussprachen einschalten.

Auf der Tagesordnung der Konferenz mit Chruschtschow wird voraussichtlich nicht nur Berlin stehen. In Washington hält man es für unausweichlich, daß auch das Deutschland-Problem und die Abrüstung besprochen werden. Nach den in

Bonn vorliegenden Informationen hat es den Anschein, als ob das Abrüstungsthema auf der Gipfelkonferenz das Übergewicht erhält. Das wäre auch im Sinne des Bundeskanzlers, der die Berlin-Frage zunächst von den Außenministern oder Außenminister-Stellvertretern behandelt wissen möchte. In Bonn wird befürchtet, daß die Regierungschefs schneller eine Einigungsformel finden könnten, die nicht unbedingt den deutschen Interessen zu entsprechen braucht.

Bei einer Abrüstung ist dagegen die Bundesregierung von vornherein bereit, einem auch vom Westen angenommenen Kontrollabkommen beizutreten. Nach amerikanischer Ansicht ist die Frage der Wiedervereinigung noch immer untrennbar mit dem Berlin-Problem verknüpft. Nach wie vor gilt die Wiedervereinigung als die natürliche und einzige Möglichkeit, die „anormale Situation“ Berlins zu überwinden.

Exil-CDU gegen Status quo

Berlin (Eigenmeldung). Der Hauptvorstand der Exil-CDU hat auf seiner Tagung in Berlin jede Politik, die den Status quo in der deutschen Frage erhalten wolle, als gefährlich für den Frieden bezeichnet. Nach einem Bericht des Berliner Bundestagsabgeordneten Dr. Gradl wurde festgestellt, daß die Teilung Deutschlands, je länger sie andauere, um so mehr die Spannungen in und um Deutschland verschärfe.

Der Vorstand, der unter dem Vorsitz von Bundesminister Lemmer und in Anwesenheit des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Dr. Krone, tagte, wandte sich ferner mit Nachdruck gegen die von Osterlein hartnäckig propagierte Zwei-Staaten-These. Die Bundesregierung wurde aufgefordert, stärker und systematischer als bisher der Ostberliner Propaganda im Ausland entgegenzuwirken.

Zahl der Arbeitskräfte sinkt

Auf 100 arbeitsfähige Menschen entfallen 27 Rentner

Köln (dpa). Das Arbeitskräftepotential der Sowjetzone vermindert sich nach einer Untersuchung des Deutschen Industrieministries in Köln weit stärker als die Bevölkerungszahl. Während sich die Gesamtbevölkerung in der Zone 1958 um 99 000 verringerte, sank die Zahl der Arbeitsfähigen, das sind

Männer im Alter von 15 bis 65 Jahren und Frauen von 15 bis 60 Jahren, um 118 000. Gleichzeitig stieg die Bevölkerung im Rentenalter um 43 000 auf 2,97 Millionen an. Damit entfallen in Mitteldeutschland auf 100 Menschen im arbeitsfähigen Alter 27,6 Personen im Rentenalter. In der Bundesrepublik ist dieses Verhältnis 100:20,1.

Heuss: Toleranz — Element der Tapferkeit

Frankfurts neuer Ehrenbürger bedankt sich für Überreichung des Friedenspreises

Frankfurt (ap/dpa). Zu einer begeisterten Huldigung für Theodor Heuss gestaltete sich in Frankfurt die Übergabe des Friedenspreises des deutschen Buchhandels an den Alt-Bundespräsidenten. Die mehr als 1000 Ehrengäste spendeten dem ehemaligen Bundespräsidenten herzlichen Beifall. Heuss, dem zugleich vom Frankfurter Oberbürgermeister Bockelmann der Ehrenbürgerbrief der Stadt Frankfurt am Main verliehen wurde, empfing als zehnter Preisträger die höchste Auszeichnung des deutschen Buchhandels.

In der festlich geschmückten Paulskirche sprach der Alt-Bundespräsident in seiner — wie er sagte — „ersten öffentlichen Rede nach dem Ablauf seiner Amtszeit als Bundespräsident im September“ über den Frieden.

Heuss meinte in seinen hier und da von seinem tiefgründigen Humor durchsetzten philosophischen Betrachtungen, der Börsenverein des deutschen Buchhandels müsse sich darauf einrichten, daß die Wahl des diesjährigen Friedenspreisträgers nicht überall ungeteilten Beifall finden werde. Freilich: Nur die Dummköpfe und die Böswilligen, „deren es in der Bundesrepublik nach meinen Erfahrungen eine nicht unerhebliche Zahl gibt“, würden klagen, daß man sich mit ihm einen „Militaristen“ herausgesucht habe. Denn er habe, so sagte Heuss, als vor zehn Jahren am Grundgesetz gearbeitet wurde, die Wehrpflicht des Bürgers als ein Grundelement der Demokratie bezeichnet. Seit jener Rede sei er für die „Resolutions-Pazifisten“ eine fragwürdige, ja hassenswerte Figur geworden.

Imperialismus der Ideologien

Heuss benutzte eine Erinnerung an seine Rede zum 100. Geburtstag von Carl Schurz 1929 in der Frankfurter Paulskirche zu einigen historischen Anmerkungen über die Entwicklung und den Niedergang des klassischen Imperialismus. „Das sind die Töne des moralischen Vorwurfs auf den Begriff Imperialismus sammelten, das hat, vor einem halben Jahrhundert, der Spätling in solchem Geschichtsrhythmus, das deutsche Reich und das deutsche Volk, reichlich zu spüren bekommen, als die sich selbst erhöhende Romantik

der Rechtsanwälte und Studienräte des ‚alldutschen Verbandes‘ ihre mittelbürgerlichen Phantasien schlecht geschriebenen Broschüren anvertraute, die eine durch die Industrialisierung Deutschlands zu Unrecht beunruhigte Welt nicht bloß als Marktbedrohung, sondern als überkontinentalen Machtanspruch interpretierte.“

Den Imperialismus der Waffen habe inzwischen der Imperialismus der Ideologien abgelöst. Heuss beschäftigte sich in diesem Zusammenhang vor allem mit Hitlers Wahnvorstellungen, die er (Heuss) schon vor 1933 einmal einen „biologischen Naturalismus“ genannt habe, und der sich „wissenschaftlich“ zierenden Ideologie des dialektischen Materialismus. „Beide waren oder sind Maskeraden, hinter deren nicht geringem suggestivem Wortvorrat sich ein eindeutiger, primitiver Machttrieb, ein Herrschafts-, ein Beherrschungstrieb über den Nächsten findet“. Heuss wertet es als eine verpflichtende Aufgabe, jene beiden Ideologien zu entmythologisieren, „eben jenen biologischen Naturalismus, der sich in der Rassenbewertung gefällt, eben jenen dialektischen Materialismus, der den Klassenbegriff als Instrument des banalen Macht- und Herrschaftswillens manipuliert. Wirft man sie weg, das gilt für den einzelnen, für die Gruppe, für ein Volk, dann gewinnt man die innere Freiheit, zum Nächsten, gleich welcher Herkunft und Rasse, gleich wo er in einer Konfessionsstatistik, unter welcher Berufskategorie er verzeichnet ist, das Du zu sagen.“

Heuss lenkte schließlich die Gedanken seiner Zuhörer auf Lessing, dessen Erscheinung ausdrücke, worauf es ihm (Heuss) ankomme. Das Mitein-

ander von Menschen und von Völkern dürfe nicht zu einem Gegeneinander führen, der Frieden ist doch mehr als ein völkerrechtlich umschriebener Staatenzustand. Auch Toleranz sei mehr als nur ein passives, „duldenes“ Hinnehmen der Gegebenheiten. Sie sei im geistigen wie im moralischen Raum — das lehre Lessing — ein Element aktiver Tapferkeit. „Ihm zu genügen, und damit dem inneren, dem äußeren Frieden, ist die Frage, die auf den einzelnen, auch den einzelnen von Ihnen zukommt und in deren millionenfacher Beantwortung ein Volks-, ein Völkerschicksal beschlossen ist“, sagte Heuss.

Leistung eines Lebens

In seiner Festansprache würdigte der Frankfurter Publizist Benno Reifenberg die Persönlichkeit und das Werk von Theodor Heuss. Er sagte, Heuss vereinige in sich den Schriftsteller, den politischen Lehrer, den Parlamentarier, den Staatsmann: der Friedenspreis gelte der Leistung eines ganzen Lebens. Auch Reifenberg griff die bejahende Haltung des Alt-Bundespräsidenten gegenüber der demokratischen Wehrpflicht auf und erinnerte an seine Rede vor der Führungsakademie der Bundeswehr im März dieses Jahres, die manchen betroffen oder erstaunt habe.

„Liebeserklärung“

Der Vorsteher des Börsenvereins des deutschen Buchhandels, Reinhard Jaspert, der den mit 10 000 DM dotierten Friedenspreis an Heuss übergab, meinte, er hätte „von Herzen gern an unseren Preisträger nur eine schlichte Liebeserklärung gerichtet“. Aber über alles werte der Buchhandel die Haltung von Heuss gegenüber den menschlichen, geistigen und politischen Problemen in der Zeit des Wiederaufbaus.

Der Frankfurter Oberbürgermeister Werner Bockelmann brachte Heuss im Namen der Stadt und seiner Bürger „mit ganzer Herzlichkeit unsere Achtung und Verehrung und, ich darf darüber hinaus sagen, unsere Liebe entgegen“.

„Wie ich mich freue, sagte der Mond“

Aufzeichnungen über Ereignisse und Stimmungen in Mitteldeutschland

B. Berlin (Eigenbericht)

Nach den hektischen Vorbereitungen zum sogenannten „Jahrestag der DDR“ ist in zahlreichen Betrieben eine Müdigkeit zu spüren. Menschen und Maschinen wurden bis zum äußersten angespannt und sollen nun wie in den vergangenen Jahren keine Atempause bekommen. Siebenjahrplan und Volkswirtschaftsplan müssen noch mehr gesteigert werden. Die sowjetische Mondrakete muß zur Propaganda für eine Produktionssteigerung ebenso erhalten wie Chruschtschows Anfeuern, den Westen einzuholen.

ROSTOCK

Nikita — der Mann im Mond: Die Rostocker „Ostseezeitung“ veröffentlichte einen Leserbrief, in dem es heißt: „Wie ich mich freue, sagte der Mond, freilich, als es hier oben so plötzlich krachte, da bin ich zuerst nicht wenig erschrocken, doch als ich den Schaden näher besah, da war es ein Gruß von der Erde. Mein Freund Nikita schickte mir seine Visitenkarte hinauf! Schickt er mir jetzt seine Visitenkarte, dann kommt er bald selbst zu mir herauf. Und ich kann mich auch freuen, denn mein Freund Nikita liebt den Frieden so sehr wie ich, ich brauche nicht zu fürchten, daß die Ruhe im Monde durch ihn gestört wird.“

Zonenfischer in tropischen Gewässern. Nach einem Plan des Bezirks Rostock müssen neuartige Fischereifahrzeuge in der Zone gebaut werden, die auch in tropischen Gewässern fischen können, um die Fischversorgung der Zone zu verbessern. Insbesondere Edelfische, Aale, Lachse, Krabben und Zander will man „anlanden“. Dazu plant die SED u. a. Erhöhung der Fangleistungen durch sozialistische Fangmethoden in sozialistischen Produktionsgenossenschaften. Das gesamte Netzwerk muß von Baumwolle auf synthetische Fasern umgestellt werden.

WERNIGERÖDE

Die Nornenschraube: Die bei den Wettbewerben um die Produktionssteigerung angewand-

ten besten Methoden müssen jetzt von allen Betrieben übernommen werden. Durch Vergleiche will die SED weitere „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ zu Höchstleistungen anspornen.

Spitzenzeiten und Superspitze für die Industrie: Aufgeschlüsselte Spitzenzeiten für den Stromverbrauch veröffentlicht jetzt regelmäßig die Zonenpresse. Die in Wernigerode erscheinende „Volksstimme“ schreibt: „Zur Spannungshaltung haben alle mit dem öffentlichen Netz parallel fahrenden Kraftwerke — auch bei Absenkung der Wirkleistung — von montags bis freitags von 6—17 Uhr und sonnabends von 6—12 Uhr maximale Blindleistung zu fahren. Die Bevölkerung wird auf Spitzenbelastungszeiten von 7—8 und von 17.30—20.30 aufmerksam gemacht und neuerdings auf die Superspitze von 18.30—19.45 Uhr hingewiesen.“

DRESDEN

Das Geburtstagsgeschenk: Die Hausgemeinschaft Bautzener Straße 191 verpflichtete sich, Zaun und Fenster des Hauses zu streichen, das Grundstück in persönliche Pflege zu nehmen, kleinere Reparaturen selbst zu machen, den Hausmeister einzusparen und zu ersetzen und regelmäßig zusammenzukommen, um sich politisch zu qualifizieren.

Bohnenkaffee und Heizölsteuer: Ein Leserbrief in der „Sächsischen Zeitung“ stellt fest: „Am Mittwoch las ich in der Zeitung von der Preissenkung von Bohnenkaffee und Wein. Und zu gleicher Zeit las ich, daß in Westdeutschland die Heizölsteuer erhöht wird. Das kennzeichnet doch die verschiedenen Wege der beiden deutschen Staaten.“ (Bisher kostete der Bohnenkaffee in der Zone pro Pfund 40,— DM!) Neuer Preis 2. Sorte 1 Pfund 30,— DM.

Wartezeiten Feierschichten. Als „Taschenspielertrick“ bezeichnete die SED-Zeitung „Sächsische Zeitung“ den Vergleich einiger Arbeiter in Bautzen, auch in der Zone gäbe es

Feierschichten, man nenne diese nur „Wartezeiten“. Diese Wartezeiten seien kein Zeichen der Ausbeutung wie die Feierschichten im Westen, sondern haben ihre Ursache in der unvollkommenen Beherrschung der ökonomischen Gesetze des Sozialismus.

BAUTZEN

Einwohnerversammlung westdeutschen Gästen: Die eines Beamten erklärte auf einem Forum: „In der Bundesrepublik kann man für sein Geld alles kaufen, was man will, hier in der DDR gibt es vieles nicht.“ Der SED-Protest lautete: „Aber nur, wenn man Geld hat.“ Ein Student sprang daraufhin auf und schilderte, wie schwer es die Jugend in Westdeutschland hat.

CHEMNITZ

Schuhe mit 6 Monaten Garantie: Die „Volksstimme“ Chemnitz (SED) meldet die Einführung einer Neuerung der volkseigenen Panther-Schuhfabrik Ehrenfriedersdorf. Um die Qualität der Schuhe zu verbessern, soll eine Kontrolle von Mann zu Mann stattfinden. Die ergebene Schuhfabrik will vom 8. Oktober an für alle aus der Produktion kommenden Schuhe 1. Sorte eine Garantie von sechs Monaten übernehmen. Diese Garantie tritt in Kraft vom ersten Tage des Verkaufs. Schuhe an den Endverbraucher. 450 Arbeiter haben sich bereit erklärt, die Garantiepflicht durch kostenlose Reparaturen zu erfüllen. Die SED-Zeitung fügt dieser Meldung hinzu: „Das Beispiel ist in Deutschland einmalig.“

MAGDEBURG

Reisen nach Ägypten. Das DER-Reisebüro Magdeburg teilte mit, für die Zeit von November bis Januar sind noch 15tägige Flugreisen nach Ägypten frei. Der Preis wird nicht angegeben. Eine Kaffeefahrt von Magdeburg nach Potsdam kostet mit Schloßbesichtigung 21,45 DM.

„Arbeiten, als gäbe es keine Trennung“

Das Ergebnis der Lutherischen Generalsynode in Lübeck — Feste Einheit der Kirche

Ba. Lübeck (Eigenbericht). Die in Lübeck beendete Generalsynode der Vereinigten Evang.-Lutherischen Kirche Deutschlands war gewiß „keine politische“ Kirchenversammlung. In ihrem Mittelpunkt stand das Thema „Die Sendung der Kirche in die Welt der Völker“ — in erster Linie innerkirchliches Problem.

So unpolitisch, rein kirchlich diese Frage auch zu sein scheint — im Hintergrund standen auch hier die großen entscheidenden Probleme: das Vordringen des Materialismus, das Ende des kolonialen Zeitalters, das Selbständigwerden der Völker in Asien und Afrika und damit verbunden das Wachsen aus der Missionsarbeit hervorgegangener selbständiger Kirchen. Darüber diskutierten die Abgesandten der zehn lutherischen Gliedkirchen in Ost und West, ihre Bischöfe, die Direktoren der großen Missionsgesellschaften, ferner zahlreiche Abgesandte der weltweiten Christenheit, vor allem aus Asien und Afrika.

„Die Welt ist trotz ihrer Zerrissenheit heute mehr denn je eine Einheit. Wir können deshalb Weltmission nur in gemeinsamer Verantwortung betreiben. Heute offene Türen können sich morgen schließen. Daher müssen vorhandene Missionsmöglichkeiten schnell und mit größtmöglichem Einsatz genutzt werden“, heißt es in einer der Feststellungen, die sich die Synode zu eigen machte. Und reich beschloß sie, eine Anzahl von großen Projekten in Asien und Afrika in Angriff zu nehmen, die, ebenso wie der vom Lutherischen Weltbund gebaute Missionssender in Absennien, die Sache der biblischen Botschaft kräftigen und festigen sollen. „... als existiere die Trennung nicht“ — war in der Tat das Grundthema, das im Blick auf die weltweite missionarische Tätigkeit die Beratungen der gesamten Synode durchzog und bestimmte.

Ausreise verweigert

Und doch war dieser Satz, den der Leitende Bischof der Vereinigten Kirche, Landesbischof D. Lilje, in seinem umfassenden Tätigkeitsbericht

sagte, zunächst gar nicht auf die Missionsarbeit gerichtet. Er betraf vielmehr unsere innerdeutsche kirchliche Situation. Und an dieser Stelle wurde auch auf dieser Generalsynode ein unmittelbar politischer Akzent gesetzt — schon äußerlich bestimmt durch die Tatsache, daß von 21 Synodalen der drei mitteldeutschen Gliedkirchen Mecklenburg, Land Sachsen und Thüringen sechs die Ausreisegenehmigung nach Lübeck verweigert worden war.

Für die Einheit

Lilje sprach von dem geschichtlichen Unrecht der Teilung Deutschlands. „In einer Zeit“, so sagte er, „in der die

Großmächte die letzten Reste des Kolonialismus liquidieren, wirkt es grotesk, daß dem deutschen Volke an diesem Punkte die Selbstbestimmung vorenthalten bleibt. Aber“, so sagte er weiter, „wir haben zu handeln versucht, als existiere diese Trennung nicht! ... Und wenn man vom politischen Denken des deutschen Volkes sagen kann, daß es die Trennung nie akzeptiert hat, dann können wir hinzufügen, daß wir in der Kirche nicht weniger ernsthaft versucht haben, unsere Arbeit so zu tun, als gäbe es das Problem nicht.“

So wurde die Einheit der Kirche, die Gemeinsamkeit der Christen nicht nur in der weltweiten Missionsaufgabe in Lübeck bezeugt, sondern sie wurde auch in dieser besonderen Frage deutlich ohne deren unmittelbare Konfrontierung keine Kirchenversammlung in unseren Tagen denkbar ist.

Fusion CDU und DP in Hannover?

Erste Kontaktgespräche — Name der Partei umstritten

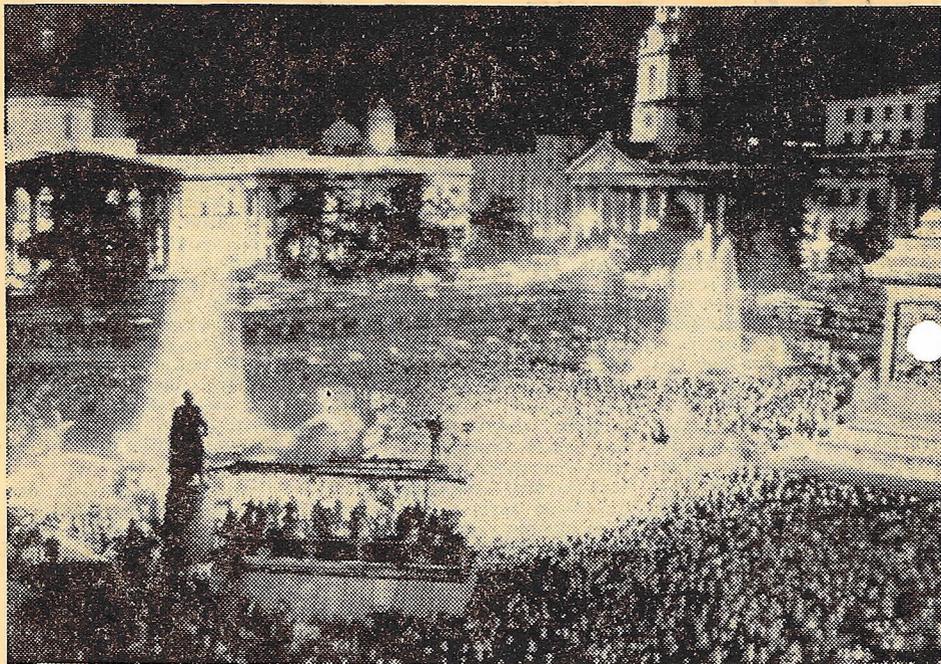
W. Bonn (Eigenbericht). Das Direktorium der Deutschen Partei trat in Bad Godesberg zu einer Sitzung zusammen, die für die politischen Verhältnisse in Norddeutschland von erheblicher Bedeutung sein kann. Politische Kreise nehmen an, daß sich das Direktorium mit den Besprechungen beschäftigte, die in der letzten Zeit in Hannover über einen Zusammenschluß zwischen der CDU und der DP geführt worden sind. Die Verhandlungen bezogen sich bisher nur auf Niedersachsen. Falls die Pläne jedoch verwirklicht werden, würden sie sich auf ganz Norddeutschland auswirken.

Im Gegensatz zu früheren Verhandlungen zwischen den beiden Parteien geht es diesmal nicht um eine lockere Verbindung oder um Absprachen für kommende Wahlkämpfe, sondern um eine regelrechte Fusion. Es ist noch umstritten, welchen Namen die Partei, die aus dem Zusammenschluß her-

vorgeht, tragen soll. Die CDU will ihren bewährten, in ganz Deutschland bekannten Namen nicht aufgeben, aber auch die DP will ihren Namen nicht spurlos untergehen lassen.

In allen anderen Fragen scheint die CDU der DP, mit der sie seit mehr als zehn Jahren in der Bundesregierung eng zusammenarbeitet, weitgehend entgegenzukommen. Unter anderem soll die CDU bereit sein, bekannte Persönlichkeiten aus der Deutschen Partei führende Positionen in der kommenden Gesamtpartei anzubieten. Die DP muß sich jetzt entscheiden, ob sie auf das Angebot der CDU eingeht. Es besteht für die Partei bei der Bundestagswahl 1961 die Gefahr, an der Fünf-Prozent-Klausel zu scheitern, wenn sie kein neues Bündnis mit der CDU eingeht.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH, Berlin-Tempelhof 1, Manfred-von-Bichthofen-Str. 2



BILDER DER WOCHE. Oben: Tausende von Menschen füllten in der Nacht zum Freitag den Trafalgar-Square in London, wo sie auf riesigen Schautafeln ständig über die Wahlergebnisse unterrichtet wurden. — Unten: Prof. Dr. Otto Hahn (rechts) gratulierte dem Physiker Max v. Laue zu seinem 80. Geburtstag.

